

163 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

31. 1. 1972

Regierungsvorlage

**VEREINBARUNG
ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG EINER
EUROPAISCHEN AKTION AUF DEM
GEBIET DES UMWELTSCHUTZES ZUM
THEMA „FORSCHUNGSARBEITEN
ÜBER DAS PHYSIKALISCH-CHEMISCHE
VERHALTEN VON SCHWEFELDIOXYD
IN DER ATMOSPHERE“**

Die Regierungen Dänemarks,
der Bundesrepublik Deutsch-
land,
Spaniens,
der Französischen Republik,
des Königreichs Griechenland,
der Italienischen Republik,
des Königreichs der Nieder-
lande,
der Sozialistischen Föderativen
Republik Jugoslawien,
der Republik Österreich,
des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nord-
irland

und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und
Stahl

— im folgenden „Unterzeichner“ genannt —

HABEN ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der
im folgenden definierten Aktion — nachstehend
„Aktion“ genannt — ERKLÄRT und folgendes
VEREINBART:

ARTIKEL 1

Die Unterzeichner koordinieren ihre Arbeiten
in der Aktion, die in Forschungsarbeiten über
das physikalisch-chemische Verhalten von Schwe-
feldioxyd in der Atmosphäre besteht. Eine all-
gemeine Beschreibung der für diese Aktion vor-
gesehenen Arbeiten ist in der Anlage enthalten.

Die Forschungsarbeiten werden vorwiegend im
Wege der Vergabe an öffentliche Forschungsein-

richtungen, die zur Mitarbeit in multinationaler
Assozierung bereit sind, durchgeführt. Es kön-
nen jedoch auch Verträge zwischen dem oder
den beteiligten Unterzeichnern einerseits und
Unternehmen und anderen Forschungseinrich-
tungen (private Forschungszentren, Hochschul-
institute oder gemeinsame Forschungsstellen)
andererseits geschlossen werden.

ARTIKEL 2

Die für die Aktion vorgesehene Dauer der
Arbeiten erstreckt sich auf 4 Jahre.

ARTIKEL 3

Diese Vereinbarung steht sonstigen europä-
ischen Regierungen, die an der Ministerkonferenz
in Brüssel am 22. und 23. November 1971 teil-
genommen haben, und den Europäischen Ge-
meinschaften zur Unterzeichnung offen, sofern
alle Unterzeichner einverstanden sind. Bis zum
Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vereinbarung
ist diese Einstimmigkeit jedoch nicht erforder-
lich, vorausgesetzt, daß der Betrag, den die
neuen Unterzeichner für die im Hinblick auf
die Aktion vorgesehenen Arbeiten bereitstellen,
jährlich mindestens 20.000 Rechnungseinheiten
beträgt.

ARTIKEL 4

Es wird ein Verwaltungsausschuß — im folgen-
den „Ausschuß“ genannt — eingesetzt, der aus
je einem Vertreter der Unterzeichner besteht.
Jeder Vertreter kann erforderlichenfalls Sach-
verständige oder Berater hinzuziehen.

Der Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.
In dieser Geschäftsordnung wird die Anzahl der
Vertreter festgelegt, deren Anwesenheit für die
Beschlussfähigkeit des Ausschusses erforderlich
ist.

Der Ausschuß gibt begründete Empfehlungen
zu den ihm vorgelegten Forschungsvorschlägen
sowie über die Ausrichtung und den Umfang
der vorzusehenden Arbeiten ab. Diese Empfeh-
lungen werden mit einfacher Stimmenmehrheit

abgegeben; die Minoritätsstandpunkte und deren Begründung können in diese Empfehlungen aufgenommen werden.

Im Ausschuß hat jeder Vertreter eine Stimme. Über Verfahrensfragen wird mit einfacher Mehrheit beschlossen. Für alle übrigen Beschlüsse ist Einstimmung erforderlich; die Einstimmigkeit gilt auch bei Stimmenthaltung eines oder mehrerer der zuletzt genannten Unterzeichner als erreicht.

ARTIKEL 5

Der Ausschuß

- a) richtet an die betreffenden Stellen Empfehlungen, welche Forschungen seiner Ansicht nach durchgeführt und wie diese Aufgaben auf die Unterzeichner aufgeteilt werden sollten;
- b) fördert die Zusammenarbeit zwischen Partnern verschiedener Länder;
- c) überwacht den Fortgang der Arbeiten und empfiehlt gegebenenfalls notwendig werdende Änderungen in der Ausrichtung oder im Umfang der laufenden Arbeiten;
- d) veröffentlicht jährlich und am Ende der Aktion einen Bericht — mit Schlußfolgerungen — über die Ergebnisse der Arbeiten, die Gegenstand der Aktion waren.

ARTIKEL 6

Auf Antrag der Unterzeichner werden die Sekretariatsgeschäfte des Ausschusses von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften wahrgenommen.

ARTIKEL 7

Die einzelnen Unterzeichner beteiligen sich mit folgenden Beträgen an den für die Aktion vorgesehenen Forschungsarbeiten:

Unterzeichner	Jährlicher Höchstbetrag in RE
Die Regierungen	
Dänemarks	40.000
der Bundesrepublik Deutschland	40.000
Spaniens	20.000
der Französischen Republik	40.000
des Königreichs Griechenland	20.000
der Italienischen Republik	40.000
des Königreichs der Niederlande	40.000
der Sozialistischen Föderativen	
Republik Jugoslawien	60.000
der Republik Österreich	40.000
des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland	115.000
die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	60.000

In diesem Rahmen finanziert jeder Unterzeichner die Projekte, die Gegenstand der Aktion sind, soweit die Arbeiten auf seine Initiative durchgeführt werden.

Ein Unterzeichner kann sich jedoch an den Arbeiten, die auf Initiative eines anderen Unterzeichners gemäß einer untereinander getroffenen Vereinbarung durchgeführt werden, finanziell beteiligen.

Die etwaigen gemeinsamen Kosten werden mit Ausnahme der Kosten für die Sekretariatsgeschäfte zu gleichen Teilen auf die Unterzeichner aufgeteilt.

ARTIKEL 8

Um Verträge gemäß Artikel 1 können sich — vorzugsweise assoziierte — Unternehmen und Forschungseinrichtungen bewerben, sofern sie in der Lage sind, die geplanten Forschungsarbeiten ganz oder teilweise auszuführen oder bestimmte Teile dieser Arbeiten für eigene Rechnung und unter ihrer Verantwortung ausführen zu lassen.

ARTIKEL 9

Die Unterzeichner leiten die ihnen unterbreiteten Forschungsvorschläge dem Sekretariat des Ausschusses zu.

ARTIKEL 10

Die Unterzeichner sorgen für die verwaltungs- und finanztechnische Abwicklung der von ihnen geschlossenen Forschungsverträge.

ARTIKEL 11

(1) Die aus der eigenen Arbeit eines jeden Unterzeichners bei der Durchführung der Aktion resultierenden Kenntnisse und gewerblichen Schutzrechte verbleiben bei dem Unterzeichner, soweit sie ihm nach den Bestimmungen seines nationalen Rechts zustehen. Er kann die den anderen Unterzeichnern gehörenden Kenntnisse für den eigenen Bedarf auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und der Volksgesundheit benutzen.

An Kenntnissen und gewerblichen Schutzrechten eines Unterzeichners, die aus seiner Arbeit bei der Durchführung der Aktion hervorgegangen sind, wird den anderen Unterzeichnern eine nichtausschließliche, unentgeltliche Lizenz für den in Unterabsatz 1 genannten Bedarf gewährt.

(2) Jeder Unterzeichner erteilt auf Antrag eines anderen Unterzeichners den in dessen Hoheitsgebiet ansässigen Unternehmen zu gerechten und angemessenen Bedingungen nichtausschließliche Lizenzen an seinen in Absatz 1 genannten Kenntnissen und gewerblichen Schutzrechten.

(3) Die Unterzeichner verhindern die Nutzung der in Absatz 1 und 2 genannten Kenntnisse und gewerblichen Schutzrechte unter den in denselben Absätzen erwähnten Bedingungen nicht dadurch, daß sie dieser Nutzung frühere Schutzrechte entgegenhalten, über die sie gegebenenfalls verfügen.

(4) Stehen nach dem nationalen Recht die Kenntnisse und gewerblichen Schutzrechte nicht ausschließlich den Unterzeichnern zu, so verpflichten sich diese, im Hinblick auf die tatsächliche Anwendung dieses Artikels sich um die Gewährung von Lizenzen zu bemühen, wobei auch die Gewährung von Unterlizenzen in Betracht gezogen werden kann.

ARTIKEL 12

Die Unterzeichner nehmen in die Verträge eine Klausel auf, nach denen die Unternehmen oder Forschungseinrichtungen verpflichtet sind, Zwischenberichte über den Fortgang der Arbeiten sowie einen Schlußbericht vorzulegen.

Soweit die Zwischenberichte detaillierte technische Angaben enthalten, werden sie als vertrauliche Dokumente nur den Unterzeichnern und dem Ausschuß zugeleitet. Der Schlußbericht wird jedoch — gemäß vom Ausschuß festzulegenden Bedingungen — einem weiteren Kreise zugänglich gemacht.

ARTIKEL 13

Die Unterzeichner nehmen unbeschadet der Bestimmungen des nationalen Rechts in die Untersuchungs-, Forschungs- und Entwicklungsverträge Klauseln auf, die die Anwendung der folgenden Bestimmungen ermöglichen, solange die aus der Untersuchung, Forschung oder Entwicklung (im folgenden kurz mit „Forschung“ bezeichnet) resultierenden gewerblichen Schutzrechte — die das Know-how nicht einschließen — bestehen.

(1) In bezug auf die getrennt finanzierten Arbeiten:

- a) Die gewerblichen Schutzrechte an den Ergebnissen der Forschung, die den Unternehmen oder Forschungseinrichtungen zustehen, die die Forschungsarbeiten durchgeführt haben oder für eigene Rechnung haben durchführen lassen, verbleiben bei diesen; der Unterzeichner, der die Verträge geschlossen hat, bei deren Durchführung die genannten Schutzrechte entstanden sind, kann sich jedoch bestimmte in den Verträgen festgelegte Rechte vorbehalten.

Was die Verträge mit Forschungseinrichtungen (öffentliche oder private Forschungsstellen, Universitätsinstitute und gemeinsame Stellen) betrifft, so kann ver-

einbart werden, daß die gewerblichen Schutzrechte dem betreffenden Unterzeichner bzw. jeder anderen von ihm benannten Stelle zustehen.

Die Anmeldungen gewerblicher Schutzrechte auf Grund der Forschungsarbeit werden den Unterzeichnern über die Unterzeichner zur Kenntnis gebracht, die für die genannten Stellen zuständig sind.

- b) Unbeschadet der Bestimmungen des Buchstaben c steht es dem Inhaber der aus Forschungsergebnissen hervorgegangenen oder im Verlauf von Forschungsarbeiten gewonnenen gewerblichen Schutzrechte frei, Lizenzen zu gewähren oder gewerbliche Schutzrechte zu veräußern, sofern er die Unterzeichner über die Unterzeichner, die für die betreffenden Stellen zuständig sind, von seiner Absicht unterrichtet.

- c) Soweit die Bestimmungen der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften, die im Hoheitsgebiet des betreffenden Unterzeichners geltenden Gesetze und Verordnungen und die früher eingegangenen und bei Abschluß dieser Verträge notifizierten Verpflichtungen von Unternehmen, die Inhaber von Forschungsverträgen sind, dem nicht entgegenstehen, hat jeder Unterzeichner das Recht, Einspruch dagegen zu erheben, daß Unternehmen außerhalb der Hoheitsgebiete der Unterzeichner gewerbliche Schutzrechte gewährt werden, die von den genannten Unternehmen bei der Durchführung von Forschungsverträgen erworben wurden und den Unternehmen außerhalb der Hoheitsgebiete der Unterzeichner die Herstellung oder den Vertrieb im Hoheitsgebiet des Unterzeichners erlauben.

- d) In folgenden Fällen ist der Inhaber der gewerblichen Schutzrechte verpflichtet, auf Antrag eines Unterzeichners, der nicht den Vertrag geschlossen hat, bei dessen Durchführung die genannten Schutzrechte entstanden sind, eine Lizenz zu gewähren:

- wenn der Eigenbedarf des Unterzeichners, der die Lizenz beantragt, auf den in Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Gebieten befriedigt werden soll;
- wenn der Marktbedarf im Hoheitsgebiet des Unterzeichners, der die Lizenz beantragt, nicht befriedigt wird, wobei diese einem von dem genannten Unterzeichner benannten Unternehmen zu erteilen ist, damit es diesen Marktbedarf befriedigen kann. Die Lizenz wird jedoch nicht erteilt, wenn der Inhaber für die Verweigerung einen

stichhaltigen Grund anführen und insbesondere nachweisen kann, daß ihm keine angemessene Frist zur Verfügung gestanden hat.

Um diese Lizenzen zu erhalten, wendet sich der antragstellende Unterzeichner an den Unterzeichner, der den Vertrag geschlossen hat, bei dessen Durchführung die genannten Schutzrechte entstanden sind.

Diese Lizenzen werden zu gerechten und angemessenen Bedingungen gewährt und müssen mit dem Recht verbunden sein, eine Unterlizenz zu den gleichen Bedingungen zu gewähren. Sie können, soweit dies für ihre Auswertung erforderlich ist, unter denselben Bedingungen auf frühere gewerbliche Schutzrechte und Anmeldungen von Schutzrechten des Lizenzgebers ausgedehnt werden.

(2) In bezug auf die gemeinsam finanzierten Arbeiten gelten die unter Ziffer 1 genannten Bestimmungen unter folgendem Vorbehalt: Tritt ein Unterzeichner als Bevollmächtigter der anderen Unterzeichner auf, so werden die Rechte, die er sich nach Ziffer 1 Buchstabe a vorbehalten kann, auf die anderen Unterzeichner ausgedehnt.

(3) Die unter Ziffer 1 und 2 genannten Bestimmungen gelten mutatis mutandis für die von den gewerblichen Schutzrechten nicht erfaßten Kenntnisse (Know-how usw.).

ARTIKEL 14

Auf Antrag eines Unterzeichners konsultieren die Unterzeichner einander über alle Fragen, die sich aus der Durchführung dieser Vereinbarung ergeben.

ARTIKEL 15

(1) Die Unterzeichner notifizieren dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften so bald wie möglich den Abschluß der nach den internen Vorschriften erforderlichen Verfahren für das Inkrafttreten dieser Vereinbarung.

(2) Für die Unterzeichner, welche die Notifikation nach Absatz 1 übermittelt haben, tritt diese Vereinbarung am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Mehrheit der Unterzeichner diese Notifikation übermittelt hat.

Für die Unterzeichner, welche die genannte Notifikation nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung übermitteln, tritt diese zum Zeitpunkt des Eingangs der Notifikation in Kraft.

Die Unterzeichner, welche die genannte Notifikation bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung noch nicht übermittelt haben, können sich während eines Zeitraums von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung ohne Stimmrecht an der Arbeit des Ausschusses beteiligen.

(3) Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften unterrichtet jeden der Unterzeichner von der Hinterlegung der in Absatz 1 vorgesehenen Notifikation und vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Vereinbarung.

ARTIKEL 16

Diese Vereinbarung wird in einer Urschrift in deutscher, englischer, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Die Vereinbarung wird im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt jedem Unterzeichner eine beglaubigte Abschrift.

**AGREEMENT
ON THE IMPLEMENTATION OF A
EUROPEAN PROJECT ON POLLUTION,
ON THE TOPIC "RESEARCH INTO THE
PHYSICO-CHEMICAL BEHAVIOUR OF
SO₂ IN THE ATMOSPHERE"**

The Governments of Denmark,
the Federal Republic of
Germany,
Spain,
the French Republic,
the Kingdom of Greece,
the Italian Republic,
the Kingdom of the
Netherlands,
the Socialist Federal Re-
public of Yugoslavia,
the Republic of Austria,
the United Kingdom of
Great Britain and Nor-
thern Ireland and

The European Coal and Steel Community
hereinafter referred to as "the Signatories",

HAVE ACCEPTED participation in the project
described below, hereinafter referred to as "the
project", and HAVE AGREED as follows:

ARTICLE 1

The Signatories shall co-ordinate their efforts
in the project which consists of research work on
the physico-chemical behaviour of sulphur di-
oxide in the atmosphere. An outline description
of the work envisaged for the project is con-
tained in the Annex.

Research operations shall be carried out chiefly
by means of work entrusted to public research
establishments which agree to work in association
on a multinational basis. Contracts may, how-
ever, be concluded between the Signatory or
Signatories concerned, on the one hand, and
industrial undertakings and other research estab-
lishments (private research centres, university
institutes or joint centres) on the other.

ARTICLE 2

The duration envisaged for work on the
project shall be four years.

ARTICLE 3

This Agreement is open for signature by other
European Governments which participated in
the Ministerial Conference held in Brussels on
22 and 23 November 1971 and by the European
Communities, subject to the unanimous consent
of the Signatories. This unanimous consent shall

not however be required until after the entry
into force of the Agreement, on condition that
the annual sum allocated by new Signatories to
work on the project is no less than 20,000 Units
of Account.

ARTICLE 4

A Management Committee, hereinafter re-
ferred to as "the Committee", composed of one
representative of each Signatory, is hereby
established. Each representative may be accom-
panied by such experts or advisers as he may
need.

The Committee shall draw up its rules of
procedure. The rules shall lay down the quorum
required for the validity of the decisions of the
Committee.

The Committee shall draw up reasoned recom-
mendations on the research proposals submitted
to it, as well as on the direction and volume of
the work envisaged. These recommendations
shall be adopted by a simple majority; minority
views and the reasoning behind them may be
expressed in these recommendations.

Each representative shall have one vote in
the Committee. Decisions concerning procedure
shall be adopted by a simple majority. All other
decisions shall be taken by unanimous vote;
however, abstention by one or more represen-
tatives shall not preclude unanimity.

ARTICLE 5

The Committee shall:

- (a) address to the bodies concerned recom-
mendations on the research which it deems
necessary to carry out, and recommend the
allocation of tasks among the Signatories;
- (b) encourage co-operation between partners
from different countries;
- (c) follow the progress of the work and re-
commend, where appropriate, such changes
as may be necessary in the direction or the
volume of the work being undertaken;
- (d) publish, annually and at the end of the
project, a report containing conclusions
on the results of the operations covered
by the project.

ARTICLE 6

At the request of the Signatories, the Secre-
tariat of the Committee shall be provided by
the Commission of the European Communities.

ARTICLE 7

The research outlay devoted to the work
planned for the project shall be divided as
follows among the Signatories:

Signatories	Annual maximum amount in UA
Governments of	
Denmark	40,000
Federal Republic of Germany	40,000
Spain	20,000
French Republic	40,000
Kingdom of Greece	20,000
Italian Republic	40,000
Kingdom of the Netherlands	40,000
Socialist Federal Republic of Yugoslavia	60,000
Republic of Austria	40,000
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	115,000
European Coal and Steel Community	60,000

In this connection, each Signatory shall be responsible for financing operations under the project in respect of work carried out on its initiative.

However, a financial contribution may be made by a Signatory towards work carried out upon the initiative of another Signatory on the basis of an agreement between them.

Any joint expenses shall be shared equally among the Signatories, with the exception of Secretariat expenses.

ARTICLE 8

Applications for the award of contracts pursuant to Article 1 may be submitted by industrial undertakings and research establishments, preferably working in association, which are capable of carrying out all or any part of the planned research or of having certain parts thereof carried out on their behalf and on their responsibility.

ARTICLE 9

The Signatories shall address to the Secretariat of the Committee the research proposals submitted to them.

ARTICLE 10

The Signatories shall be responsible for the administration and financial management of the contracts which they conclude.

ARTICLE 11

1. The information and industrial property rights which any Signatory has obtained from its own work in implementing this project shall remain the property of that Signatory in so far as it is entitled to them under its national

legislation. It may make use of the information belonging to the other Signatories for its own requirements in the fields of public safety and public health.

The other Signatories shall be entitled, for the requirements defined in the preceding subparagraph, to a non-exclusive licence, free of charge, on the information and industrial property rights of any Signatory, arising out of its work in implementing this project.

2. At the request of another Signatory, each Signatory shall grant non-exclusive licences on its information and industrial property rights referred to in paragraph 1, on fair and reasonable terms, to undertakings established in the territory of the former.

3. The Signatories shall not prevent the use of the information and industrial property rights referred to in paragraphs 1 and 2 on the terms set out in those paragraphs, by invoking against such use any prior property rights which they may possess.

4. Where under national law the information and industrial property rights do not belong exclusively to the Signatories, the latter undertake to grant each other, on the basis of the provisions of their national laws, licences with the possibility of granting sub-licences, in order to ensure that this Article is implemented effectively.

ARTICLE 12

The Signatories shall insert in the contracts a clause requiring the industrial undertakings or research establishments to submit periodic progress reports and a final report.

The progress reports shall be circulated in a limited number of copies to the Signatories and to the Committee and shall be confidential to the extent that they contain detailed technical information. The circulation of the final report shall be much wider; the details thereof shall be decided by the Committee.

ARTICLE 13

Without prejudice to the provisions of national laws, the Signatories shall insert in the study contracts and the research and development contracts, clauses enabling the application of the following provisions for as long as the industrial property rights arising out of the studies, research and development (hereinafter referred to as "research"), excluding know-how, remain valid.

1. As regards the separately financed work:

- (a) The industrial property rights over the research results belonging to the undertakings or research establishments which carried out the research or had it carried out on their behalf shall remain their property, but a Signatory concluding contracts which, in execution, gave rise to such property rights may reserve certain rights which shall be defined in the contracts.

As regards contracts concluded with research establishments (public or private research centres, university institutes and joint centres), it may be agreed that the industrial property rights are to belong to the Signatory concerned or to any other body designated by that Signatory.

The filing of applications for industrial property rights resulting from the research shall be brought to the attention of the Signatories through the agency of the Signatories to which the bodies relate.

- (b) Without prejudice to the provisions of sub-paragraph (c), the proprietor of industrial property rights resulting from research or acquired during it shall be at liberty to grant licences or dispose of the industrial property rights, it being his responsibility to inform the Signatories of such an intention through the agency of the Signatories to which the bodies relate.

- (c) In so far as the stipulations of the Treaties establishing the European Communities, the laws and regulations in force in the territory of the Signatory concerned and obligations previously contracted by the undertakings granted research contracts and notified at the time of the conclusion of these contracts do not constitute any obstacle thereto, each of the Signatories shall have the right to oppose the granting to undertakings established outside the territories of the Signatories of industrial property rights acquired by the undertakings granted research contracts during the implementation of these contracts and enabling the undertakings established outside the territories of the Signatories to manufacture or sell on the territory of the Signatory.

- (d) The proprietor of the industrial property rights shall, in the cases enumerated below, be obliged to grant a licence at the request of any Signatory other than the one who concluded the contract which in execution gave rise to the industrial property rights:

- (i) where this is necessary in order to meet the needs of the Signatory requesting the licence in the fields listed in Article 11 (1), first subparagraph;
- (ii) where the market requirements in the territory of the Signatory requesting the licence are not satisfied, in which case the licence is to be granted to an undertaking designated by that Signatory for the purpose of enabling that undertaking to meet the requirements of the market. However, a licence shall not be granted if the proprietor establishes legitimate grounds for refusing it, in particular that he has not been given adequate notice.

To obtain the grant of these licences, the applicant Signatory shall apply to the Signatory which concluded the contract which in execution gave rise to the industrial property rights.

These licences shall be granted on fair and reasonable terms and shall be accompanied by the right to grant a sublicense on the same terms. They may, under the same conditions, cover the prior industrial property rights and applications for property rights of the licensor, in so far as is necessary for their utilisation.

2. As regards the jointly financed work, the provisions set out in point 1 shall be applicable subject to the following: in the event of one of the Signatories acting as the agent for the other Signatories, the rights which it may reserve, in accordance with point 1 (a), shall extend to the other Signatories.

3. The provisions set out in points 1 and 2 shall apply mutatis mutandis to information not covered by industrial property rights (know-how, etc.).

ARTICLE 14

The Signatories shall consult with each other, if one of them so requests, on any problem arising out of the application of this Agreement.

ARTICLE 15

1. Each of the Signatories shall notify the Secretary-General of the Council of the European Communities as soon as possible of the completion of the procedures required in accordance with its internal provisions for the purpose of implementing this Agreement.

2. For the Signatories which have transmitted the notification provided for in paragraph 1, this Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the date on which the majority of the Signatories have transmitted these notifications.

For those Signatories which transmit this notification after the entry into force of this Agreement, it shall come into force on the date of receipt of the notification.

Signatories which have not yet transmitted this notification at the time of entry into force of this Agreement shall be able to take part in the work of the Committee without voting rights for a period of six months after the entry into force of this Agreement.

3. The Secretary-General of the Council of the European Communities shall notify each of the

Signatories of the deposit of the notifications provided for in the paragraph 1 and of the date of entry into force of this Agreement.

ARTICLE 16

This Agreement, drawn up in a single copy in the German, English, French, Italian and Dutch languages, all texts being equally authentic, shall be deposited in the archives of the General Secretariat of the Council of the European Communities, which shall transmit a certified true copy to each of the Signatories.

ACCORD
POUR LA MISE EN ŒUVRE D'UNE
ACTION EUROPEENNE DANS LE
DOMAINE DES NUISANCES SUR LE
THEME « RECHERCHES SUR LE
COMPORTEMENT PHYSICO-
CHIMIQUE DE L'ANHYDRIDE
SULFUREUX DANS L'ATMOSPHERE »

Les Gouvernements du Danemark,
 de la République fédérale
 d'Allemagne,
 de l'Espagne,
 de la République française,
 du Royaume de Grèce,
 de la République italienne,
 du Royaume des Pays-Bas,
 de la République socialiste
 fédérative de Yougoslavie,
 de la République d'Autriche,
 du Royaume-Uni de Gran-
 de-Bretagne et d'Irlande
 du Nord

et la Communauté Européenne du Charbon et
 de l'Acier,

ci-après dénommés « Signataires »,

ONT ACCEPTE de participer à l'action définie
 ci-dessous, ci-après dénommée « action », et
 SONT CONVENUS des dispositions qui suivent:

ARTICLE 1

Les Signataires coordonnent entre eux leurs
 efforts dans l'action qui consiste en travaux de
 recherche sur le comportement physico-
 chimique de l'anhydride sulfureux dans l'atmos-
 phère. La description générale des travaux en-
 visagés pour cette action figure en annexe.

Les opérations de recherche sont effectuées es-
 sentiellement par le moyen de travaux confiés
 à des établissements publics de recherche qui
 acceptent de travailler en s'associant sur une base
 multinationale. Toutefois, des contrats peuvent
 être conclus entre, d'une part, le ou les Signatai-
 res intéressés et, d'autre part, les entreprises
 industrielles et les autres établissements de
 recherche (centres de recherche privés, instituts
 universitaires ou centres communs).

ARTICLE 2

La durée des travaux prévue pour l'action
 s'étend sur une période de quatre ans.

ARTICLE 3

Le présent Accord est ouvert à la signature
 des autres Gouvernements européens ayant
 participé à la Conférence Ministérielle tenue à
 Bruxelles les 22 et 23 novembre 1971 et des

Communautés Européennes, sous réserve de l'ac-
 cord unanime des Signataires. Cet accord
 unanime n'est toutefois pas requis jusqu'à la
 date de l'entrée en vigueur du présent Accord,
 à condition que le montant affecté par les
 nouveaux Signataires aux travaux prévus pour
 l'action soit au moins égal à 20.000 unités de
 compte par an.

ARTICLE 4

Il est institué un Comité de gestion, ci-après
 dénommé « Comité », composé d'un représentant
 de chacun des Signataires. Chaque représentant
 peut, en cas de besoin, se faire accompagner d'ex-
 perts ou de conseillers.

Le Comité arrête son règlement intérieur. Ce
 dernier fixe le quorum à atteindre pour la va-
 lidité des délibérations du Comité.

Le Comité formule des recommandations mo-
 tivées sur les propositions de recherches qui lui
 sont soumises ainsi que sur l'orientation et le
 volume des travaux à prévoir. Ces recommanda-
 tions sont formulées à la majorité simple; les
 points de vue minoritaires et leur motivation
 peuvent être exprimés dans ces recommanda-
 tions.

Au sein du Comité, chaque représentant
 dispose d'une voix. Les décisions de procédure
 sont adoptées à la majorité simple. Toute autre
 décision est prise à l'unanimité; toutefois, l'ab-
 stention d'un ou de plusieurs représentants ne
 constitue pas un obstacle à ce que l'unanimité
 soit acquise.

ARTICLE 5

Le Comité:

- a) adresse aux organismes intéressés des re-
 commandations sur les recherches qui lui
 paraissent devoir être exécutées et recom-
 mande la répartition de ces tâches entre
 les Signataires;
- b) favorise la coopération entre partenaires
 des différents pays;
- c) suit l'avancement des travaux et recom-
 mande, le cas échéant, les modifications
 nécessaires à l'orientation ou au volume
 des travaux en cours;
- d) publie, annuellement et à la fin de l'action,
 un rapport assorti de conclusions sur les
 résultats des opérations ayant fait l'objet
 de l'action.

ARTICLE 6

A la demande des Signataires, le secrétariat du
 Comité est assuré par la Commission des Com-
 munautés Européennes.

ARTICLE 7

Les moyens de recherche consacrés aux travaux prévus pour l'action répartissent comme suit entre les Signataires:

Signataires	Montant maximum annuel prévue en U. C.
Gouvernements	
du Danemark	40.000
de la République fédérale d'Allemagne	40.000
de l'Espagne	20.000
de la République française	40.000
du Royaume de Grèce	20.000
de la République italienne	40.000
du Royaume des Pays-Bas	40.000
de la République socialiste fédérative de Yougoslavie	60.000
de la République d'Autriche	40.000
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord	115.000
Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier	60.000

Dans ce cadre, le financement des opérations faisant l'objet de l'action est assuré par chaque Signataire en ce qui concerne les travaux effectués à son initiative.

Toutefois, une contribution financière peut être apportée par un Signataire à des travaux effectués à l'initiative d'un autre Signataire en vertu d'un accord passé entre eux.

Les frais communs éventuels, à l'exception des frais de secrétariat, sont répartis par parts égales entre les Signataires.

ARTICLE 8

Peuvent demander à bénéficier de contrats au titre de l'article 1 les entreprises industrielles et les établissements de recherche, de préférence associés entre eux, qui sont en mesure d'exécuter tout ou partie des recherches projetées ou d'en faire exécuter certaines parties pour leur compte et sous leur responsabilité.

ARTICLE 9

Les Signataires adressent au secrétariat du Comité les propositions de recherches qui leur ont été soumises.

ARTICLE 10

Les Signataires assurent la gestion administrative et financière des contrats qu'ils ont conclus.

ARTICLE 11

1. Les connaissances et les droits de propriété industrielle résultant des propres travaux de chacun des Signataires dans l'exécution de l'action restent la propriété de ce Signataire dans la mesure où ils lui appartiennent en vertu des

dispositions du droit national. Il peut utiliser les connaissances appartenant aux autres Signataires pour ses besoins propres dans les domaines de la sécurité publique et de la santé publique.

Sur les connaissances et les droits de propriété industrielle d'un Signataire résultant de ses travaux dans l'exécution de l'action, les autres Signataires jouissent d'une licence non exclusive et gratuite pour les besoins définis au premier alinéa.

2. A la demande d'un autre Signataire, chacun des Signataires concède à des entreprises établies sur le territoire du Signataire demandeur, à des conditions équitables et raisonnables, des licences non exclusives sur ses connaissances et ses droits de propriété industrielle, tels qu'ils sont visés au paragraphe 1.

3. Les Signataires n'empêchent pas l'utilisation des connaissances et des droits de propriété industrielle visés aux paragraphes 1 et 2 dans les conditions prévues à ces derniers en opposant à cette utilisation des droits de propriété antérieurs dont ils auraient la disposition.

4. Lorsqu'en vertu du droit national, les connaissances et les droits de propriété industrielle n'appartiennent pas à titre exclusif aux Signataires, ceux-ci s'engagent à se faire concéder, sur la base des dispositions de leur droit national, des licences, avec possibilité de concession de sous-licences, pour assurer l'application effective du présent article.

ARTICLE 12

Les Signataires insèrent dans les contrats une clause obligeant les entreprises industrielles ou les établissements de recherche à présenter des rapports périodiques d'avancement et un rapport final.

Les rapports d'avancement ont une diffusion confidentielle limitée aux Signataires et au Comité dans la mesure où ils contiennent des informations techniques détaillées. Le rapport final fait l'objet d'une diffusion plus large, dont les conditions sont arrêtées par le Comité.

ARTICLE 13

Les Signataires insèrent dans les contrats d'études, de recherches et de développement, sans préjudice des dispositions du droit national, des clauses permettant d'appliquer les dispositions suivantes aussi longtemps que subsistent les droits de propriété industrielle nés des études, des recherches ou du développement, ci-après dénommés « recherche », ceux-ci n'incluant pas le savoir-faire.

1. En ce qui concerne les travaux financés séparément:

- a) Les droits de propriété industrielle sur les résultats de la recherche appartenant aux entreprises ou aux établissements de recherche qui ont exécuté ou fait exécuter cette recherche pour leur compte restent leur propriété; toutefois, le Signataire qui a conclu les contrats dont l'exécution a donné naissance à ces droits de propriété peut se réserver certains droits qui sont précisés dans les contrats.

En ce qui concerne les contrats passés avec des établissements de recherche (centres de recherche publics ou privés, instituts universitaires et centres communs), il peut être convenu que les droits de propriété industrielle appartiennent au Signataire intéressé ou à tout autre organisme qu'il désigne.

Le dépôt des demandes de droits de propriété industrielle résultant de la recherche est porté à la connaissance des Signataires par l'intermédiaire des Signataires dont les organismes relèvent.

- b) Sans préjudice des dispositions énoncées sous c), le titulaire des droits de propriété industrielle issus de la recherche ou acquis au cours de celle-ci a la liberté de concéder des licences ou de céder des droits de propriété industrielle, à charge pour lui d'informer les Signataires de son intention par l'intermédiaire des Signataires dont les organismes relèvent.
- c) Dans la mesure où les stipulations des Traités instituant les Communautés Européennes, les lois et les règlements en vigueur sur le territoire du Signataire intéressé et les obligations antérieurement contractées par les entreprises titulaires de contrats de recherche et notifiées lors de la conclusion de ces contrats n'y mettent pas obstacle, chacun des Signataires a le droit de s'opposer à la concession, à des entreprises établies en dehors des territoires des Signataires, de droits de propriété industrielle acquis par les entreprises titulaires des contrats de recherche à l'occasion de l'exécution de ces contrats et permettant aux entreprises établies en dehors des territoires des Signataires la fabrication ou la vente sur le territoire du Signataire.
- d) Dans les cas énumérés ci-après, le titulaire des droits de propriété industrielle résultant de la recherche est tenu d'accorder une licence à la demande d'un Signataire autre que celui qui a conclu le contrat dont l'exécution a donné naissance à ces droits de propriété:

- lorsqu'il s'agit de satisfaire, dans les domaines définis à l'article 11 paragraphe 1 premier alinéa, les besoins propres du Signataire qui demande la licence;
- lorsque les besoins du marché sur le territoire du Signataire qui demande la licence ne sont pas satisfaits, la licence devant être concédée à une entreprise désignée par ledit Signataire afin de permettre à celle-ci de satisfaire les besoins de ce marché. Toutefois, la licence n'est pas accordée si le titulaire établit l'existence d'une raison légitime de refus, et notamment le fait de n'avoir pas joui d'un délai adéquat.

Pour obtenir la concession de ces licences, le Signataire demandeur s'adresse au Signataire qui a conclu le contrat dont l'exécution a donné naissance à ces droits de propriété.

Ces licences sont accordées à des conditions équitables et raisonnables et doivent être assorties du droit de concéder une sous-licence aux mêmes conditions. Elles peuvent s'étendre dans les mêmes conditions aux droits de propriété industrielle et demandes de droits de propriété antérieurs appartenant au donneur de licence, dans la mesure nécessaire à leur exploitation.

2. En ce qui concerne les travaux financés en commun, les dispositions du point 1 sont applicables sous réserve que, dans le cas où l'un des Signataires agit comme mandataire des autres Signataires, les droits qu'il peut se réserver au titre du point 1 sous a) sont étendus aux autres Signataires.

3. Les dispositions des points 1 et 2 s'appliquent mutatis mutandis aux connaissances non couvertes par les droits de propriété industrielle (savoir-faire, etc.).

ARTICLE 14

Les Signataires se consultent, si l'un d'eux le demande, sur tout problème soulevé par l'application du présent Accord.

ARTICLE 15

1. Chacun des Signataires notifie au Secrétaire Général du Conseil des Communautés Européennes, dans les meilleurs délais, l'accomplissement des formalités requises en vertu de ses dispositions internes pour la mise en vigueur du présent Accord.

2. Pour les Signataires qui ont transmis la notification prévue au paragraphe 1, le présent Accord entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date à laquelle la majorité des Signataires ont transmis cette notification.

Pour les Signataires qui transmettent ladite notification après l'entrée en vigueur du présent Accord, ce dernier entre en vigueur à la date de réception de la notification.

Les Signataires qui n'ont pas encore transmis ladite notification lors de l'entrée en vigueur du présent Accord peuvent participer sans droit de vote aux travaux du Comité pendant une période de six mois après l'entrée en vigueur du présent Accord.

3. Le Secrétaire Général du Conseil des Communautés Européennes notifie à chacun des

Signataires le dépôt des notifications prévues au paragraphe 1 et la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

ARTICLE 16

Le présent Accord, rédigé en un exemplaire unique en langues allemande, anglaise, française, italienne et néerlandaise, tous les textes faisant également foi, est déposé dans les archives du Secrétariat Général du Conseil des Communautés Européennes, qui en remet une copie certifiée conforme à chacun des Signataires.

**ACCORDO
PER L'ATTUAZIONE DI UN'AZIONE
EUROPEA NEL SETTORE DEGLI
INCONVENIENTI AMBIENTALI SUL
TEMA «RICERCHE SUL COMPORTA-
MENTO FISICO-CHIMICO
DELL'ANIDRIDE SOLFOROSA
NELL'ATMOSFERA»**

I Governi della Danimarca,
della Repubblica Federale Tedesca,
della Spagna,
della Repubblica francese,
del Regno di Grecia,
della Repubblica italiana,
del Regno dei Paesi Bassi,
della Repubblica socialista federativa
di Jugoslavia,
della Repubblica austriaca,
del Regno Unito di Gran Bretagna e
Irlanda del Nord
e la Comunità Europea del Carbone e
dell'Acciaio
in appresso denominati « Firmatari », **HANNO ACCETTATO** di partecipare all'azione
qui di seguito definita, in appresso denominata
« azione », ed **HANNO CONVENUTO** le
seguenti disposizioni:

ARTICOLO 1

I Firmatari coordinano i loro sforzi nell'azione
che consiste nell'effettuazione di lavori di ricerca
sul comportamento fisico-chimico dell'anidride
solforosa nell'atmosfera. Nell'allegato figura la
descrizione generale dei lavori prospettati per
detta azione.

Le operazioni di ricerca sono effettuate essen-
zialmente mediante lavori affidati a stabilimenti
pubblici di ricerca che accettino di lavorare
associandosi su base multinazionale. Tuttavia
possono essere stipulati contratti fra il Firmatario
o i Firmatari interessati, da un lato, e le imprese
industriali e gli altri stabilimenti di ricerca
(centri di ricerca privati, istituti universitari o
centri comuni), dall'altro.

ARTICOLO 2

La durata dei lavori prevista per l'azione è di
quattro anni.

ARTICOLO 3

Il presente Accordo è aperto alla firma degli
altri Governi europei che hanno partecipato alla
Conferenza Ministeriale svoltasi a Bruxelles il
22 e 23 novembre 1971 e delle Comunità

Europee, con riserva dell'accordo unanime dei
Firmatari. Tale accordo unanime non è tuttavia
richiesto fino alla data di entrata in vigore del
presente Accordo, purchè l'importo destinato
dai nuovi Firmatari ai lavori previsti per l'azione
sia almeno pari a 20.000 unità di conto par
anno.

ARTICOLO 4

È istituito un Comitato di gestione, in ap-
presso denominato « Comitato », composto di
un rappresentante di ciascun Firmatario. Ogni
rappresentante può, ove occorra, farsi accom-
pagnare da esperti o da consulenti.

Il Comitato adotta il suo regolamento interno.
Questo regolamento stabilisce il quorum neces-
sario per la validità delle deliberazioni del
Comitato.

Il Comitato formula raccomandazioni moti-
vate sulle proposte di ricerca presentategli e
sull'orientamento e l'entità dei lavori da pre-
vedere. Queste raccomandazioni sono formulate
a maggioranza semplice; in esse possono essere
espressi i punti di vista minoritari e la loro
motivazione.

In sede di Comitato ogni rappresentante dis-
pone di un voto. Le decisioni procedurali sono
acquisite a maggioranza semplice. Ogni altra
decisione è presa all'unanimità; tuttavia l'asten-
sione di uno o più rappresentanti non costituisce
ostacolo al raggiungimento dell'unanimità.

ARTICOLO 5

Il Comitato:

- a) rivolge raccomandazioni agli organismi
interessati sulle ricerche che a suo parere
devono essere eseguite e raccomanda la
suddivisione di tali compiti tra i Firmatari;
- b) favorisce la cooperazione tra i partners dei
vari paesi;
- c) segue l'andamento dei lavori e, ove occorra,
raccomanda le modifiche necessarie all'ori-
entamento o all'entità dei lavori in corso;
- d) ogni anno ed alla fine dell'azione pubblica
una relazione, corredata di conclusioni sui
risultati delle operazioni oggetto dell'
azione.

ARTICOLO 6

Su richiesta dei Firmatari il segretariato del
Comitato viene assicurato dalla Commissione
delle Comunità Europee.

ARTICOLO 7

I mezzi di ricerca dedicati ai lavori previsti
per l'azione sono così suddivisi fra i Firmatari:

Firmatari	Importo massimo annuo in U.C.
Governi	
della Danimarca	40.000
della Repubblica Federale Tedesca	40.000
della Spagna	20.000
della Repubblica francese	40.000
del Regno di Grecia	20.000
della Repubblica italiana	40.000
del Regno dei Paesi Bassi	40.000
della Repubblica socialista federativa di Jugoslavia	60.000
della Repubblica austriaca	40.000
del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord	115.000
Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio	60.000

In tale ambito il finanziamento delle operazioni oggetto dell'azione è assicurato da ciascun Firmatario per quanto concerne i lavori effettuati su sua iniziativa.

Tuttavia, un contributo finanziario può essere apportato da un Firmatario per lavori effettuati su iniziativa di un altro Firmatario, in virtù di un accordo tra loro stipulato.

Le eventuali spese comuni sono suddivise in parti uguali tra i Firmatari, escluse le spese di segretariato.

ARTICOLO 8

Possono chiedere di beneficiare di contratti a norma dell'articolo 1 le imprese industriali e gli stabilimenti di ricerca, preferibilmente associati tra loro, che siano in grado di eseguire in tutto o in parte le ricerche progettate o di farne eseguire talune parti per proprio conto e sotto la propria responsabilità.

ARTICOLO 9

I Firmatari trasmettono al segretariato del Comitato le proposte di ricerche loro presentate.

ARTICOLO 10

I Firmatari assicurano la gestione amministrativa e finanziaria dei contratti da essi stipulati.

ARTICOLO 11

1. Le conoscenze ed i diritti di proprietà industriale risultanti dai lavori di ciascuno dei Firmatari nell'esecuzione dell'azione restano di proprietà di tale Firmatario quando gli appartengono a norma delle disposizioni del suo diritto nazionale. Egli può utilizzare le conoscenze appartenenti agli altri Firmatari per le proprie esigenze in materia di sicurezza pubblica e di sanità pubblica.

In ragione delle esigenze di cui al primo comma, gli altri Firmatari godono di una licenza non esclusiva e gratuita sulle conoscenze e sui diritti di proprietà industriale risultanti dai

lavori di un Firmatario nell'esecuzione dell'azione.

2. Su richiesta di un altro Firmatario, ogni Firmatario concede, a condizioni eque e ragionevoli, licenze non esclusive sulle sue conoscenze e sui suoi diritti di proprietà industriale quali previsti al paragrafo 1 alle imprese insediate sul territorio del Firmatario richiedente.

3. I Firmatari non impediscono l'utilizzazione delle conoscenze e diritti di proprietà industriale di cui ai paragrafi 1 e 2, alle condizioni in essi previste, opponendo a detta utilizzazione diritti di proprietà precedenti eventualmente in loro possesso.

4. Allorché, a norma del diritto nazionale, le conoscenze ed i diritti di proprietà industriale non appartengono a titolo esclusivo ai Firmatari, essi si impegnano a farsi concedere licenze, in base alle disposizioni del loro diritto nazionale, con possibilità di concessione di sublicenze, onde assicurare l'effettiva applicazione del presente articolo.

ARTICOLO 12

I Firmatari inseriscono nei contratti una clausola che obbliga le imprese industriali o gli stabilimenti di ricerca a presentare relazioni periodiche sull'andamento dei lavori ed una relazione finale.

Le relazioni periodiche sull'andamento dei lavori, che contengono informazioni tecniche dettagliate, vengono distribuite in via confidenziale soltanto ai Firmatari ed al Comitato. La relazione finale viene distribuita su scala più vasta; le condizioni di tale distribuzione vengono adottate dal Comitato.

ARTICOLO 13

I Firmatari inseriscono nei contratti di studio, di ricerca e di sviluppo, salvo le disposizioni del diritto nazionale, clausole che consentano di applicare le seguenti disposizioni finché sussistono i diritti di proprietà industriale risultanti dallo studio, dalla ricerca e dallo sviluppo, in appresso denominati «ricerca», escluso il know how.

1. Per quanto riguarda i lavori finanziati separatamente:

a) I diritti di proprietà industriale sui risultati della ricerca appartenenti alle imprese o agli stabilimenti di ricerca che hanno eseguito o fatto eseguire detta ricerca per loro conto restano di loro proprietà; il Firmatario che ha stipulato i contratti la cui esecuzione ha dato luogo a questi diritti di proprietà può tuttavia riservarsi taluni diritti che vengono precisati nei contratti.

Per i contratti stipulati con stabilimenti di ricerca (centri di ricerca pubblici o privati, istituti universitari e centri comuni)

si può convenire che i diritti di proprietà industriale appartengono al Firmatario interessato o a qualsiasi altro organismo che esso designi.

Il deposito delle domande di diritti di proprietà industriale risultanti dalla ricerca viene comunicato ai Firmatari per il tramite dei Firmatari da cui dipendono gli organismi.

- b) Salvo le disposizioni di cui alla lettera c), il titolare dei diritti di proprietà industriale derivanti dalla ricerca o acquisiti nel corso di quest'ultima può concedere licenze o cedere i diritti di proprietà industriale, con l'obbligo di informare i Firmatari della sua intenzione per il tramite dei Firmatari da cui dipendono gli organismi.
- c) Se le disposizioni dei Trattati che istituiscono le Comunità Europee, le leggi ed i regolamenti vigenti sul territorio del Firmatario interessato e gli obblighi precedentemente assunti dalle imprese titolari di contratti di ricerca e notificati alla conclusione dei contratti stessi non vi si oppongono, ciascun Firmatario ha il diritto di opporsi alla concessione, ad imprese insediate al di fuori dei territori dei Firmatari, di diritti di proprietà industriale acquisiti dalle imprese titolari dei contratti di ricerca nel corso dell'esecuzione di tali contratti, che consentano alle imprese insediate al di fuori del territorio dei Firmatari la fabbricazione o la vendita sul territorio del Firmatario.
- d) Nei casi qui appresso elencati il titolare dei diritti di proprietà industriale risultanti dalla ricerca, ha l'obbligo di concedere una licenza, su richiesta di un Firmatario diverso da quello che ha stipulato il contratto la cui esecuzione ha dato luogo a questi diritti di proprietà:

- quando si devono soddisfare nei settori definiti all'articolo 11, paragrafo 1, primo comma, le esigenze del Firmatario che chiede la licenza;
- quando le esigenze del mercato sul territorio del Firmatario che chiede la licenza non sono soddisfatte, nel qual caso la licenza deve essere concessa a favore di un'impresa designata dal Firmatario stesso onde consentire a quest'ultima di soddisfare le esigenze di detto mercato. Tuttavia la licenza non viene concessa se il titolare stabilisce l'esistenza di un motivo legittimo di rifiuto, in particolare, il fatto di non aver potuto disporre di un termine adeguato.

Per ottenere la concessione di queste licenze il Firmatario richiedente si rivolge al Firmatario

che ha stipulato il contratto la cui esecuzione ha dato luogo a tali diritti di proprietà.

Le licenze vengono concesse a condizioni eque e ragionevoli e devono comportare il diritto di concedere una sublicenza alle stesse condizioni. Esse possono estendersi, alle stesse condizioni, ai diritti di proprietà industriale e alle domande di diritti di proprietà precedenti appartenenti al datore della licenza, nella misura necessaria al loro sfruttamento.

2. Per quanto riguarda i lavori finanziati in comune le disposizioni del punto 1 sono applicabili con la riserva che, nel caso in cui uno dei Firmatari agisca in veste di mandatario degli altri Firmatari, i diritti che può riservarsi in virtù del punto 1, lettera a), sono estesi agli altri Firmatari.

3. Le disposizioni dei punti 1 e 2 si applicano mutatis mutandis alle conoscenze non coperte dai diritti di proprietà industriale (know how, ecc.).

ARTICOLO 14

I Firmatari si consultano, su richiesta di uno di essi, su qualsiasi problema posto dall'applicazione del presente Accordo.

ARTICOLO 15

1. Ciascuno dei Firmatari notifica al più presto, al Segretario Generale del Consiglio delle Comunità Europee, l'espletamento delle formalità necessarie in base alle sue disposizioni interne per l'entrata in vigore del presente Accordo.

2. Per i Firmatari che hanno trasmesso la notifica prevista al paragrafo 1, il presente Accordo entra in vigore il primo giorno del secondo mese successivo alla data in cui la maggioranza dei Firmatari ha trasmesso tale notifica.

Per i Firmatari che trasmettono la notifica suddetta dopo la data di entrata in vigore del presente Accordo, esso entra in vigore alla data di ricezione della notifica.

I Firmatari che non hanno ancora trasmesso la notifica suddetta alla data di entrata in vigore del presente Accordo, possono partecipare ai lavori del Comitato senza diritto di voto per un periodo di sei mesi dopo l'entrata in vigore del presente Accordo.

3. Il Segretario Generale del Consiglio delle Comunità Europee notifica a ciascuno dei Firmatari l'avvenuto deposito delle notifiche di cui al paragrafo 1 e la data di entrata in vigore del presente Accordo.

ARTICOLO 16

Il presente Accordo, redatto in unico esemplare, in lingua tedesca, inglese, francese, italiana e olandese, i testi facenti tutti ugualmente fede, è depositato negli archivi del Segretariato Generale del Consiglio delle Comunità Europee che provvede a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Firmatari.

**OVEREENKOMST
VOOR HET VOEREN VAN EEN
EUROPESE ACTIE OP HET GEBIED
VAN DE MILIEUHYGIENE MET ALS
ONDERWERP „ONDERZOEK NAAR
HET FYSISCH-CHEMISCHE GEDRAG
VAN ZWAVELDIOXYDE IN DE
ATMOSFEER”**

De Regeringen van Denemarken,
de Bondsrepubliek Duits-
land,
Spanje,
de Franse Republiek,
het Koninkrijk Griekenland,
de Italiaanse Republiek,
het Koninkrijk der Neder-
landen,
de Socialistische Federatieve
Republiek Joegoslavië,
de Republiek Oostenrijk,
het Verenigd Koninkrijk
van Groot-Brittannië en
Noord-Ierland

De Europese Gemeenschappen voor Kolen en
Staal,

hierna te noemen „Ondertekenaars”,

HEBBEN ZICH BEREID VERKLAARD, deel
te nemen aan de hieronder omschreven actie,
hierna te noemen „de actie”, en HEBBEN
OVEREENSTEMMING BEREIKT over de vol-
gende bepalingen:

ARTIKEL 1

De Ondertekenaars coördineren hun arbeid in
de actie, die bestaat in het uitvoeren van onder-
zoek naar het fysisch-chemische gedrag van
zwaveldioxyde in de atmosfeer. De algemene
beschrijving van de voor deze actie beoogde
werkzaamheden staat in de bijlage.

Het onderzoek vindt in hoofdzaak plaats door
middel van werkzaamheden die worden opgedra-
gen aan openbare onderzoekinstellingen die
bereid zijn, in een multinationale associatie werk-
zaam te zijn. Er kunnen evenwel ook contracten
worden gesloten tussen een of meer belang-
hebbende Ondertekenaars enerzijds en indus-
triële ondernemingen en andere onderzoek-
instellingen (particuliere onderzoekcentra, uni-
versitaire instituten of gemeenschappelijke cen-
tra) anderzijds.

ARTIKEL 2

De voorziene duur der werkzaamheden voor
de actie beslaat een tijdvak van vier jaar.

ARTIKEL 3

Deze Overeenkomst kan door andere Euro-
pese Regeringen die hebben deelgenomen aan de
op 22 en 23 november 1971 te Brussel gehouden
Ministerconferentie en door de Europese Ge-
meenschappen worden ondertekend, indien de
Ondertekenaars daarmee eenparig instemmen.
Deze eenparige instemming is evenwel niet ver-
eist tot aan de inwerkingtreding van de Over-
eenkomst, mits het door de nieuwe Onder-
tekenaars uitgetrokken bedrag voor de voor de
actie beoogde werkzaamheden ten minste gelijk
is aan 20.000 rekeneenheden per jaar.

ARTIKEL 4

Er is ingesteld een Comité van Beheer, hierna
te noemen „het Comité”, bestaande uit een ver-
tegenwoordiger van elk der Ondertekenaars. Elke
vertegenwoordiger kan zich zo nodig doen ver-
gezellen van deskundigen of adviseurs.

Het Comité stelt zijn Reglement van Orde
vast. In dit Reglement wordt het quorum voor
de geldigheid van de besluitvorming van het
Comité vastgesteld.

Het Comité doet gemotiveerde aanbevelingen
met betrekking tot de voorstellen voor onder-
zoek die eraan worden voorgelegd en met be-
trekking tot de oriëntering en de omvang van
de werkzaamheden. Deze aanbevelingen worden
met eenvoudige meerderheid opgesteld; de stand-
punten van de minderheid en de motivering
daarvan kunnen in deze aanbevelingen worden
vermeld.

In het Comité beschikt elke vertegenwoordiger
over één stem. Voor besluiten inzake proce-
durezaken is een eenvoudige meerderheid ver-
eist. Alle andere besluiten worden genomen met
eenparigheid van stemmen; onthouding van een
of meer vertegenwoordigers vormt geen beletsel
voor het bereiken van de eenparigheid.

ARTIKEL 5

Het Comité:

- a) doet aan de belanghebbende organisaties
aanbevelingen met betrekking tot het
onderzoek dat zijns inziens moet worden
verricht en stelt de taakverdeling over de
Ondertekenaars voor;
- b) bevordert de samenwerking tussen partners
uit de verschillende landen;
- c) volgt de voortgang der werkzaamheden en
doet in voorkomend geval aanbevelingen
voor de wijzigingen die nodig zijn in de
oriëntering of de omvang der lopende
werkzaamheden;
- d) publiceert jaarlijks en na afloop van de
actie een verslag met conclusies over de
resultaten van hetgeen in het kader van
de actie is verricht.

163 der Beilagen

17

ARTIKEL 6

Op verzoek van de Ondertekenaars wordt het Secretariaat van het Comité waargenomen door de Commissie van de Europese Gemeenschappen.

ARTIKEL 7

De bedragen voor onderzoek die aan de voor de actie beoogde werkzaamheden worden besteed, worden als volgt over de Ondertekenaars omgeslagen:

Ondertekenaar	Maximaal jaarlijks bedrag in R. E.
De Regeringen -	
van Denemarken	40.000
van de Bondsrepubliek Duitsland	40.000
van Spanje	20.000
van de Franse Republiek	40.000
van het Koninkrijk Griekenland	20.000
van de Italiaanse Republiek	40.000
van het Koninkrijk der Nederlanden	40.000
van der Socialistische Federatieve Republiek Joegoslavië	60.000
van de Republiek Oostenrijk	40.000
van het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland	115.000
de Europese Gemeenschappen voor Kolen en Staal	60.000

In dit kader financiert elke Ondertekenaar de tot de actie behorende werkzaamheden die op zijn initiatief worden verricht.

Een Ondertekenaar kan echter een financiële bijdrage leveren aan werkzaamheden die op initiatief van een andere Ondertekenaar worden verricht krachtens een tussen hen gesloten overeenkomst.

De eventuele gemeenschappelijke kosten, met uitzondering van de kosten van het secretariaat, worden gelijkelijk over de Ondertekenaars verdeeld.

ARTIKEL 8

Verzoeken om contracten overeenkomstig artikel 1 kunnen worden ingediend door, bij voorkeur onderling geassocieerde, industriële ondernemingen en onderzoekinstellingen die het beoogde onderzoek geheel of gedeeltelijk kunnen verrichten of sommige delen hiervan voor hun rekening en onder hun verantwoordelijkheid kunnen laten verrichten.

ARTIKEL 9

De Ondertekenaars zenden de hun voorgedragen voorstellen voor onderzoek aan het secretariaat van het Comité.

ARTIKEL 10

De Ondertekenaars dragen zorg voor het administratieve en financiële beheer van de contracten die zij sluiten.

ARTIKEL 11

1. De kennis en de rechten van industriële eigendom die voortvloeien uit de eigen werkzaamheden van elke Ondertekenaar bij de uitvoering van de actie blijven het eigendom van deze Ondertekenaar voor zover zij hem krachtens de bepalingen van het nationale recht toebehoren. Hij kan de kennis die aan de andere Ondertekenaars toebehoort vrijelijk gebruiken voor zijn eigen behoeften op de gebieden van openbare veiligheid en volksgezondheid.

Ten aanzien van de kennis en de rechten van industriële eigendom van een Ondertekenaar die uit zijn werkzaamheden bij de uitvoering van de actie voortvloeien, beschikken de andere Ondertekenaars over een niet-uitsluitende en kosteloze licentie voor de in de eerste alinea vermelde behoeften.

2. Op verzoek van een andere Ondertekenaar verleent elke Ondertekenaar op billijke en redelijke voorwaarden aan op het grondgebied van de verzoekende Ondertekenaar gevestigde ondernemingen niet-uitsluitende licenties op de kennis en de rechten van industriële eigendom, bedoeld in lid 1.

3. De Ondertekenaars verhinderen niet het gebruik van de kennis en de rechten van industriële eigendom, bedoeld in de leden 1 en 2, onder de aldaar vermelde voorwaarden, door tegen dit gebruik eerdere rechten van industriële eigendom waarover zij beschikken aan te voeren.

4. Wanneer de kennis en de rechten van industriële eigendom krachtens het nationale recht niet uitsluitend aan de Ondertekenaars toebehoren, verbinden deze zich ertoe om zich op basis van de bepalingen van het nationale recht licenties te doen verlenen, met de mogelijkheid sub-licenties te verlenen, ten einde de daadwerkelijke toepassing van dit artikel te verzekeren.

ARTIKEL 12

De Ondertekenaars nemen in de contracten een bepaling op waarbij de industriële ondernemingen of de onderzoekinstellingen worden verplicht tot het indienen van periodieke verslagen omtrent de voortgang en van een eindverslag.

De verslagen omtrent de voortgang worden op beperkte schaal en vertrouwelijk onder de Ondertekenaars en in het Comité verspreid, voor

zover zij gedetailleerde technische gegevens bevatten. Het eindverslag wordt op veel grotere schaal verspreid, volgens door het Comité vast te stellen regels.

ARTIKEL 13

De Ondertekenaars nemen onverminderd de bepalingen van het nationale recht in de contracten voor studies, onderzoek en ontwikkeling clausules op, op grond waarvan de volgende bepalingen kunnen worden toegepast zolang de uit de studies, het onderzoek of de ontwikkeling, hierna te noemen „het onderzoek”, ontstane rechten van industriële eigendom — welke rechten geen betrekking hebben op de know-how — blijven bestaan.

1. Voor de afzonderlijk gefinancierde werkzaamheden geldt het volgende:

- a) De rechten van industriële eigendom op de resultaten van het onderzoek welke toebehoren aan de ondernemingen of onderzoekinstellingen die dit onderzoek hebben uitgevoerd of voor eigen rekening hebben doen uitvoeren, blijven hun eigendom; de Ondertekenaar die de contracten uit de uitvoering waarvan deze eigendomsrechten zijn ontstaan, heeft gesloten, kan zich evenwel bepaalde rechten voorbehouden, welke dan in de contracten worden aangegeven.

Voor wat de met onderzoekinstellingen (openbare of particuliere onderzoekcentra, universitaire instituten en gemeenschappelijke centra) gesloten contracten betreft, kan worden overeengekomen dat de rechten van industriële eigendom toebehoren aan de betrokken Ondertekenaar of aan enige andere door hem aangewezen organisatie.

De aanvragen om rechten van industriële eigendom die het resultaat zijn van het onderzoek, zullen ter kennis van de Ondertekenaars worden gebracht door bemiddeling van de Ondertekenaars onder welke de organisaties ressorteren.

- b) Onverminderd het bepaalde in punt c) heeft de houder van de rechten van industriële eigendom die het resultaat zijn van het onderzoek of die tijdens het onderzoek zijn verworven, de vrijheid licenties te verlenen of rechten van industriële eigendom over te dragen, mits hij de Ondertekenaars van zijn voornemen op de hoogte stelt door bemiddeling van de Ondertekenaars onder welke de organisaties ressorteren.
- c) Voor zover de bepalingen van de Verdragen tot oprichting van de Europese

Gemeenschappen, de op het grondgebied van de betrokken Ondertekenaar van kracht zijnde wetten en reglementen en de eerder door de ondernemingen die onderzoekcontracten hebben gesloten aangegane verplichtingen welke bij het sluiten van die contracten zijn bekendgemaakt, zich er niet tegen verzetten, heeft elke Ondertekenaar het recht zich te verzetten tegen het verlenen aan buiten het grondgebied van de Ondertekenaars gevestigde ondernemingen van rechten van industriële eigendom welke door ondernemingen die onderzoekcontracten hebben gesloten bij de uitvoering daarvan zijn verworven, indien op grond van deze rechten de buiten het grondgebied van de Ondertekenaars gevestigde ondernemingen op het grondgebied van de Ondertekenaar kunnen fabriceren of verkopen.

- d) In de navolgende gevallen is de houder van de rechten van industriële eigendom verplicht, op verzoek van een andere Ondertekenaar dan die welke het contract heeft gesloten uit de uitvoering waarvan deze eigendomsrechten zijn ontstaan, een licentie te verlenen:

- indien het erom gaat, op de in de eerste alinea van artikel 11, lid 1, genoemde gebieden te voorzien in de eigen behoeften van de Ondertekenaar die om de licentie verzoekt;
- indien niet in de behoeften van de markt op het grondgebied van de Ondertekenaar die om de licentie verzoekt is voorzien, in welk geval de licentie wordt verleend aan een door genoemde Ondertekenaar aangewezen onderneming, ten einde deze in staat te stellen in de behoeften van die markt te voorzien. De licentie evenwel niet wordt verleend indien de houder het bestaan van een wettige reden aantoonst en met name de omstandigheid dat hij niet over voldoende termijn heeft beschikt.

Voor de verlening van deze licenties richt de verzoekende Ondertekenaar zich tot de Ondertekenaar die het contract heeft gesloten uit de uitvoering waarvan deze eigendomsrechten zijn ontstaan.

Deze licenties worden verleend tegen billijke en redelijke voorwaarden en moeten het recht inhouden, op dezelfde voorwaarden een sublicentie te verlenen. Zij kunnen op dezelfde voorwaarden mede betrekking hebben op de oudere rechten van industriële eigendom en de oudere aanvragen om eigendomsrechten die aan de licentieverlener toebehoren, voor zover zulks noodzakelijk is voor de exploitatie ervan.

163 der Beilagen

19

2. Voor gemeenschappelijk gefinancierde werkzaamheden gelden de bepalingen van punt 1 met het volgende voorbehoud: indien een van de Ondertekenaars handelt als mandataris van de overige Ondertekenaars, vallen de rechten die hij zich krachtens punt 1, sub a), kan voorbehouden, mede toe aan de overige Ontertekenaars.

3. De bepalingen van de punten 1 en 2 zijn mutatis mutandis van toepassing op kennis die niet het voorwerp is van de rechten van industriële eigendom (know-how, enz.).

ARTIKEL 14

Indien een der Ondertekenaars daarom verzoekt, plegen de Ondertekenaars met elkander overleg over elk probleem dat in verband staat met de toepassing van deze Overeenkomst.

ARTIKEL 15

1. Elke Ondertekenaar stelt de Secretaris-Generaal van de Raad der Europese Gemeenschappen zo spoedig mogelijk in kennis van de vervulling der formaliteiten die krachtens zijn interne bepalingen vereist zijn voor de inwerkingtreding van deze Overeenkomst.

2. Voor de Ondertekenaars die de in lid 1 bedoelde kennisgeving hebben gedaan, treedt deze Overeenkomst in werking op de eerste dag

van de tweede maand volgende op de datum waarop de meerderheid van de Ondertekenaars deze kennisgeving hebben gedaan.

Voor de Ondertekenaars die bedoelde kennisgeving na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst doen, treedt deze in werking op de datum van ontvangst van de kennisgeving.

De Ondertekenaars die bedoelde kennisgeving nog niet hebben gedaan bij de inwerkingtreding van deze Overeenkomst, kunnen gedurende een tijdvak van zes maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst zonder stemrecht deelnemen aan de werkzaamheden van het Comité.

3. De Secretaris-Generaal van de Raad der Europese Gemeenschappen deelt aan elke Ondertekenaar de ontvangst van de in lid 1 bedoelde kennisgevingen en de datum van inwerkingtreding van deze Overeenkomst mede.

ARTIKEL 16

Deze Overeenkomst, opgesteld in één exemplaar, in de Duitse, de Engelse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van het Secretariaat-Generaal van de Raad van de Europese Gemeenschappen, die een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan elke Ondertekenaar.

Geschehen zu Brüssel am dreiundzwanzigsten November neunzehnhunderteinundsiebzig.

Done at Brussels on the twenty-third day of November in the year one thousand nine hundred and seventy-one.

Fait à Bruxelles, le vingt-trois novembre mil neuf cent soixante et onze.

Fatto a Bruxelles, addì ventitre novembre millenovecentosettantuno.

Gedaan te Brussel, drieëntwintig november negentienhonderd eenenzeventig.

For the Government of Denmark:

Ivar Nørgaard

Minister of Foreign Economic Affairs

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

Hans-Georg Sachs

Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften

Hans-Hilger Haunschild

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Pour le Gouvernement de l'Espagne:

José Maria Lopez de Letona

Ministre de l'Industrie

Pour le Gouvernement de la République française:

François-Xavier Ortoli

Ministre du Développement industriel et scientifique

Pour le Gouvernement du Royaume de Grèce:

Constantin Panayotakis

Ministre de la Culture et des Sciences

Per il Governo della Repubblica italiana:

Camillo Ripamonti

Ministro per il coordinamento della ricerca scientifica e tecnologica

Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden:

E. M. J. A. Sassen

Ambassadeur, Permanente Vertegenwoordiger bij de Europese Gemeenschappen

For the Federal Executive Council of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia:

Trpe Jakovlevski

Member of the Federal Executive Council of SFRY

Für die österreichische Bundesregierung:

Hertha Firnberg

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Frederick Corfield

Minister for Aerospace

Für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl:

Pour la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier:

Per la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio:
Voor de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal:

Altiero Spinelli

Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Membre de la Commission des Communautés Européennes

Membro della Commissione delle Comunità Europee

Lid van de Commissie van de Europese Gemeenschappen

ANHANG

1. Erläuterung der Aktion

Die Aktion befaßt sich mit der Bestimmung des physikalisch-chemischen Verhaltens von Schwefeldioxyd in der Atmosphäre. Unter „physikalisch-chemisches Verhalten“ werden alle in der Atmosphäre auftretenden Reaktionen verstanden, die eine Veränderung des Zustandes des Schwefeldioxyds bewirken oder in deren Verlauf Schwefeldioxyd in einer Weise umgewandelt wird, welche sein weiteres Verhalten oder das Verhalten seiner Reaktionsprodukte entscheidend beeinflusst.

2. Vorgeschlagene Untersuchungen

Diese erstrecken sich auf folgende Themen:

1. Untersuchungen über die natürliche Beseitigung von Schwefelverbindungen aus der Atmosphäre, Auswaschen, Oberflächenabsorption (Erdboden, Vegetation usw.). Untersuchungen des vertikalen Konzentrationsprofils von Schwefeldioxyd und Schwefelsäure in der Atmosphäre.

Dieses Forschungsthema könnte grundlegende Informationen über die Schädigung lebender Organismen, die Korrosion von Werkstoffen, die Säuerung von Boden und Wasser und die Lebensdauer von Schwefeldioxyd in der Atmosphäre erbringen.

2. Entwicklung von Meßmethoden und -techniken zur Bestimmung der Schwefelsäure, der Sulfate und des Gesamtsäuregehalts der Atmosphäre.

Diese Untersuchungen sind wesentlich für die Lösung der unter Ziffer 1 aufgeführten Pro-

bleme. Sie vermitteln gleichzeitig die zu einer besseren Beurteilung der gesundheitsschädigenden Wirkung der Schwefelsäure notwendigen Daten und tragen gemeinsam mit den unter Ziffer 1 genannten Untersuchungen zur Festlegung von Kriterien für die Luftqualität bei.

3. Intensivierung des Austauschs von Informationen und Forschungsergebnissen auf diesem Gebiet, einschließlich des Austauschs, der von den beteiligten Ländern durch die Veranstaltung von Tagungen und den Austausch von Wissenschaftlern bereits eingeleitet wurde.

3. Mittelbedarf für die Durchführung der Aktion

Für die Durchführung der oben vorgeschlagenen Arbeiten wird ein jährlicher Mittelaufwand von 260.000 Rechnungseinheiten während vier Jahren für erforderlich gehalten.

Dieser Betrag enthält die Unterstützungskosten von insgesamt sechs Arbeitsteams (wobei die Kosten für jedes Team den für einen qualifizierten Wissenschaftler aufzuwendenden Unterstützungskosten entspricht).

Die jährlichen Kosten für ein Arbeitsteam zur Bearbeitung der Themen 1 und 2 werden mit 40.000 Rechnungseinheiten und diejenigen zur Bearbeitung von Thema 3 auf 20.000 Rechnungseinheiten veranschlagt.

Eine Erweiterung der Aktion ist möglich, sofern die unter Ziffer 3 vorgesehene Zahl der Arbeitsteams und dementsprechend die Gesamtsumme der in Artikel 7 der Vereinbarung vorgesehenen Beträge erhöht wird.

ANNEX**1. Definition of the project**

The project is concerned with the clarification of the physico-chemical behaviour of sulphur dioxide in the atmosphere. The term "physico-chemical behaviour" is taken to mean all the reactions occurring in the atmosphere which lead to a change in the state of sulphur dioxide or in the course of which sulphur dioxide undergoes a chemical transformation which decisively influences its further behaviour or the behaviour of its reaction products.

2. Proposed research

The topics are as follows:

(1) Research into the natural mechanism for removing sulphur compounds from the atmosphere, washout, adsorption on surfaces such as soil, vegetation, etc. Research on vertical profiles of sulphur dioxide and sulphuric acid in the atmosphere.

This topic can provide fundamental information on damage to living organisms, corrosion of materials, acidification of soil and water and the lifetime of sulphur dioxide in the atmosphere.

(2) Development of measuring methods and techniques for the determination of sulphuric acid, sulphates and the total acidity in the atmosphere.

These studies are essential for the solution of the problems referred to in the preceding item.

They will also provide information required for a more accurate assessment of the health risks caused by sulphuric acid and, in conjunction with the research referred to in (1), they will be of assistance in the definition of air quality criteria.

(3) A more intensive exchange of information and results of research in this field, including those already undertaken by participating countries by organising meetings and exchanging scientists.

3. Financial requirements for the implementation of the project

A sum of 260,000 Units of Account per annum for 4 years is considered necessary for the implementation of the proposals set out above.

This sum includes the cost of supporting a total of six research teams (the cost of maintaining each team being equivalent to that of maintaining one professional scientist).

The annual cost of a research team for topics 1 and 2 is estimated at 40,000 Units of Account and that arising from topic 3 at 20,000 Units of Account.

The scope of the project may be widened by increasing the number of teams provided for in item 3 and, consequently, the sum of the amounts provided for in Article 7 of the Agreement.

ANNEXE**1. Définition de l'action**

L'action porte sur la détermination du comportement physico-chimique de l'anhydride sulfureux dans l'atmosphère. Par comportement physico-chimique il faut entendre toutes les réactions qui se produisent dans l'atmosphère qui ont pour résultat de modifier l'état de l'anhydride sulfureux ou au cours desquelles l'anhydride sulfureux subit une transformation chimique influençant de manière décisive son comportement ultérieur ou celui des produits de réaction.

2. Recherches proposées

Elles portent sur les thèmes suivants:

1. Recherches sur le mécanisme naturel d'élimination des composés sulfurés de l'atmosphère, de lavage, d'absorption sur des surfaces telles que le sol, la végétation, etc. Recherches sur les profils verticaux des concentrations de l'anhydride sulfureux et de l'acide sulfurique dans l'atmosphère.

Ce thème peut fournir des données fondamentales sur les lésions provoquées dans les organismes vivants, la corrosion des matériaux, l'acidification du sol et de l'eau et la durée de vie de l'anhydride sulfureux dans l'atmosphère.

2. Mise au point de méthodes de mesures et de techniques de détermination de l'acide sulfurique, des sulfates et de l'acidité totale dans l'atmosphère.

Ces études sont essentielles si l'on veut résoudre les problèmes cités au point précédent. Elles permettront également de disposer des informations nécessaires pour mieux évaluer les risques sanitaires que représente l'acide sulfurique et, conjuguées aux recherches mentionnées sous 1, elles aideront à définir des critères de qualité de l'air.

3. Intensification des échanges d'informations et de résultats de recherches entreprises dans ce domaine, et notamment des échanges que les pays participants ont déjà institués en organisant des réunions et en échangeant des scientifiques.

3. Besoins financiers pour la mise en œuvre de l'action

Pour réaliser les propositions décrites ci-dessus, un montant de 260.000 unités de compte par an — pendant 4 ans — est estimé nécessaire.

Cette somme comprend les frais afférents à 6 équipes de travail au total (les frais afférents à chaque équipe de travail représentant l'équivalent des frais entraînés par un scientifique professionnel).

Les frais annuels afférents à une équipe de travail affectée à l'étude des thèmes 1 et 2 sont estimés à 40.000 unités de compte, et ceux résultant du thème 3 à 20.000 unités de compte.

Un élargissement de l'action est possible grâce à une augmentation du nombre d'équipes prévu au point 3 et, par conséquent, du total des montants prévus à l'article 7 de l'Accord.

ALLEGATO**1. Definizione dell'azione**

L'azione verte sulla determinazione del comportamento fisico-chimico dell'anidride solforosa nell'atmosfera. Per comportamento fisico-chimico debbono intendersi tutte le reazioni che si producono nell'atmosfera e che hanno l'effetto di modificare lo stato dell'anidride solforosa o durante le quali l'anidride solforosa subisce una trasformazione chimica che influisce in modo decisivo sul suo ulteriore comportamento o su quello dei prodotti di reazione.

2. Ricerche proposte

Tali ricerche vertono sui seguenti temi:

1) Ricerche sul meccanismo naturale di eliminazione dei composti dello zolfo nell'atmosfera, sul meccanismo naturale di lavaggio e di assorbimento su superfici quali il suolo, la vegetazione, ecc. Ricerche sui profili verticali delle concentrazioni dell'anidride solforosa e dell'acido solforico nell'atmosfera.

Questo tema può fornire dati fondamentali sulle lesioni provocate negli organismi viventi, sulla corrosione dei materiali, sull'acidificazione del suolo e dell'acqua e sulla durata della persistenza dell'anidride solforosa nell'atmosfera.

2) Messa a punto di metodi di misurazione e di tecniche di determinazione dell'acido solforico, dei solfati e dell'acidità totale nell'atmosfera.

Tali studi sono essenziali se si vogliono risolvere i problemi citati al punto precedente. Essi forniranno inoltre le informazioni necessarie per meglio valutare i rischi che presenta l'acido solforico e, abbinati alle ricerche di cui al punto 1), aiuteranno a definire criteri di qualità dell'aria.

3) Intensificazione degli scambi di informazioni e di risultati di ricerche intraprese in questo settore, ed in particolare degli scambi che i paesi partecipanti hanno già istituito organizzando riunioni e scambiando personale scientifico.

3. Fabbisogno finanziario per l'attuazione dell'azione

Per realizzare le proposte sopra descritte, si ritiene necessario un importo di 260.000 unità di conto all'anno per 4 anni.

Questa somma comprende le spese relative a complessivamente 6 gruppi di lavoro (le spese inerenti a ciascun gruppo di lavoro rappresentano l'equivalente delle spese che comporta un ricercatore professionista).

Le spese annue relative ad un gruppo di lavoro che si dedichi allo studio dei temi 1 e 2, sono valutate a 40.000 unità di conto e quelle relative al tema 3 sono valutate a 20.000 unità di conto.

È possibile estendere l'azione aumentando il numero di gruppi previsto al punto 3) e, quindi, il totale degli importi di cui all'articolo 7 dell'Accordo.

BIJLAGE**1. Omschrijving van de actie**

De actie heeft betrekking op de bepaling van het fysisch-chemische gedrag van zwaveldioxyde in de atmosfeer. Onder „fysisch-chemisch gedrag” dienen alle reacties in de atmosfeer te worden verstaan die een verandering van de toestand van het zwaveldioxyde tot gevolg hebben of waarbij het zwaveldioxyde een chemische omzetting ondergaat die het latere gedrag ervan of het gedrag van der reactieprodukten beslissend beïnvloedt.

2. Voorgesteld onderzoek

Het onderzoek heeft betrekking op de volgende onderwerpen:

1) Onderzoek naar het natuurlijke mechanisme van de verwijdering van zwavelverbindingen uit de atmosfeer, van de uitwassing en van de oppervlakteabsorptie (bodem, begroeiing, enz.). Onderzoek naar het verticale concentratieprofiel van zwaveldioxyde en zwavelzuur in de atmosfeer.

Dit onderwerp kan fundamentele gegevens opleveren over het in levende organismen teweeggebrachte letsel, de corrosie van grondstoffen, de verzuring van bodem en water en de levensduur van zwaveldioxyde in de atmosfeer.

2) Ontwikkeling van meetmethodes en -technieken voor de bepaling van zwavelzuur, van sulfaten en van de totale aciditeit in de atmosfeer.

Deze studies zijn essentieel voor de oplossing van de in het vorige punt genoemde problemen.

Voorts zullen zij de informatie verschaffen die nodig is voor een betere beoordeling van de gevaren voor de gezondheid van zwavelzuur en, te zamen met het onder 1) genoemde onderzoek, zullen zij nuttig zijn voor de vaststelling van criteria voor de kwaliteit van de lucht.

3) Intensivering van de uitwisseling van gegevens en van resultaten van op dit gebied uitgevoerd onderzoek, met name van de uitwisselingen welke de deelnemende landen reeds tot stand hebben gebracht door het organiseren van vergaderingen en door de uitwisseling van geleerden.

3. Financiële behoeften voor het voeren van de actie

Om bovenstaande voorstellen uit te voeren wordt een jaarlijks bedrag van 260.000 reken-eenheden — gedurende vier jaar — noodzakelijk geacht.

Dit bedrag bevat de kosten voor in het totaal zes onderzoeksgroepen (de kosten per groep komen overeen met die van één wetenschapsman).

De jaarlijkse kosten voor een onderzoeksgroep voor de onderwerpen 1) en 2) worden geraamd op 40.000 rekeneenheden en de jaarlijkse kosten in verband met onderwerp 3) op 20.000 rekeneenheden.

De actie kan worden uitgebreid door het aantal groepen, genoemd onder punt 3, te vergroten; het in artikel 7 van de Overeenkomst genoemde bedrag wordt dan dienovereenkomstig hoger.

Erläuterungen

I. Einleitung

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften beauftragten im Oktober 1967 eine Arbeitsgruppe, die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung zu untersuchen, um den Rückstand der europäischen Staaten auf diesem Gebiet gegenüber den großen Industriestaaten der Welt auszugleichen. Die Gruppe kam überein, die folgenden sieben Sachgebiete in Angriff zu nehmen: Informatik, Fernmeldewesen, neue Verkehrsmittel, Ozeanographie-Meteorologie, Metallurgie, Umweltschutz und Europäisches meteorologisches Rechenzentrum. Weiters sollte die Gruppe nach Mitteln und Wegen suchen, um anderen europäischen Staaten die Beteiligung an der geplanten Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Bei den Arbeiten dieser Gruppe zeigte sich eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der Bedeutung und Dringlichkeit zahlreicher geplanter Aktionen auf den genannten sieben Sachgebieten. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften kamen 1969 überein, zunächst neun europäische Drittländer (Dänemark, Irland, Österreich, Norwegen, Portugal, Schweden, die Schweiz, Spanien und das Vereinigte Königreich) und später noch Finnland, Griechenland, Jugoslawien und die Türkei zur Mitarbeit bei der Durchführung dieser Aktionen einzuladen.

Nachdem die betreffenden Länder diese Einladung grundsätzlich angenommen hatten, wurden sieben Sachverständigengruppen beauftragt, Vorschläge für die in Aussicht genommene Konferenz der europäischen Minister für wissenschaftliche und technische Forschung auszuarbeiten. Ein „Ausschuß hoher Beamter“, dem Vertreter der an der Arbeit dieser Sachverständigengruppen teilnehmenden Staaten sowie Sachverständige der Kommission der Europäischen Gemeinschaften angehören, erhielt das Mandat, die laufenden Arbeiten der einzelnen Sachverständigengruppen zu koordinieren, den rechtlichen Rahmen und die administrativen und finanziellen Einzelheiten für die Durchführung der verschiedenen Programme und Aktionen festzulegen sowie die Ministerkonferenz vorzubereiten.

Die geplante Zusammenarbeit, mit welcher zur Lösung gemeinsamer Probleme eine bessere Nutzung der Mittel, die in den einzelnen Staaten für die Forschung zur Verfügung stehen, bezweckt wird, weist folgende drei Merkmale auf:

- Sie zielt auf eine schnelle Durchführung einiger konkreter Aktionen ab, mit denen entweder industrielle Ziele verfolgt werden oder die zur Steigerung der Leistungen bestimmter öffentlicher Dienste bzw. zur Verbesserung des Umweltschutzes bestimmt sind;
- die zu ihrer Verwirklichung vorgesehenen Methoden sollen äußerst flexibel gestaltet werden. Ausgehend von dem Prinzip einer internationalen Arbeitsteilung auf Grund von gemeinsam festgelegten Programmen soll jeder Beteiligte grundsätzlich die Kosten seiner eigenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten tragen, aber dabei zu den von seinen Partnern gewonnenen Kenntnissen Zugang haben. Auf diese Weise können die Nachteile vermieden werden, die die Anwendung der üblicherweise für die Durchführung solcher Aktionen gewählten Methoden mit sich bringen würde (Schaffung gemeinsamer Fonds, neuer Institutionen, Problem des „gerechten Rückflusses“ der von jedem Beteiligten aufgewendeten Mittel usw.);
- die Zusammenarbeit soll überdies entwicklungsfähig sein und die Möglichkeit eröffnen, schrittweise zu einer umfassenderen und kohärenteren Zusammenarbeit im wissenschaftlichen und technischen Bereich zu gelangen.

Bis zum Herbst 1971 wählte der Ausschuß hoher Beamter von den zur Diskussion stehenden Projekten insgesamt sieben aus und bereitete diesbezügliche Vereinbarungen zur Unterzeichnung durch die Minister vor.

Auf Grund der Ergebnisse der innerösterreichischen Vorbereitungsarbeiten, die vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie koordiniert wurden und an denen neben den interessierten Ressorts die Interessenvertretun-

gen, der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft und die für die gegenständlichen Arbeiten in Betracht kommenden Industrieunternehmen und Institute der Hochschulen teilgenommen haben, kann Österreich an den drei folgenden Projekten (Aktionen) mitwirken:

- Vereinbarung zur Durchführung einer europäischen konzertierten Aktion auf dem Gebiet der Metallurgie zum Thema „Werkstoffe für Gasturbinen“;
- Vereinbarung über die Durchführung einer europäischen konzertierten Aktion auf dem Gebiet der Metallurgie zum Thema „Werkstoffe für Meerwasserentsalzungsanlagen“ und
- Vereinbarung über die Durchführung einer europäischen Aktion auf dem Gebiet des Umweltschutzes zum Thema „Forschungsarbeiten über das physikalisch-chemische Verhalten von Schwefeldioxyd in der Atmosphäre“.

II. Unterzeichnung der Vereinbarungen

Auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung vom 16. November 1971 und der vom Herrn Bundespräsidenten ausgestellten Vollmacht hat Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg an der Konferenz der europäischen Minister für wissenschaftliche und technische Forschung am 22./23. November 1971 in Brüssel teilgenommen und die drei vorgenannten Vereinbarungen namens der Republik Österreich unterzeichnet.

Diese drei Vereinbarungen sind als gesetzergänzende Staatsverträge anzusehen und bedürfen daher gemäß Artikel 50/1 B-VG der parlamentarischen Genehmigung.

Der Abschluß des Ratifikationsverfahrens ist von jedem Unterzeichnerstaat so bald wie möglich dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften zu notifizieren. Gemäß Artikel 15 der Vereinbarungen treten diese am ersten Tag des zweiten Monats nach Eingang der Notifikation in Kraft, durch welche die Aufbringung von mindestens zwei Dritteln der Forschungsaufwendungen für die jeweilige Aktion gewährleistet ist. Unterzeichnerstaaten, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Notifikation noch nicht übermittelt haben, dürfen sich noch während eines Zeitraumes von sechs Monaten nach Inkrafttreten, allerdings ohne Stimmrecht, an den weiteren Arbeiten des für jede Aktion vorgesehenen Verwaltungsausschusses beteiligen. Da nicht in allen Unterzeichnerstaaten eine parlamentarische Behandlung der Vereinbarungen notwendig ist, kann angenommen werden, daß die Vereinbarungen schon in Kürze in Kraft treten.

III. Inhalt und österreichische Durchführung der Vereinbarung über die Durchführung einer europäischen Aktion auf dem Gebiet des Umweltschutzes zum Thema „Forschungsarbeiten

über das physikalisch-chemische Verhalten von Schwefeldioxyd in der Atmosphäre“

Diese Aktion befaßt sich mit der Verbesserung des Umweltschutzes, u. zw. auf dem Gebiet der Luftverunreinigung mit der Bestimmung des physikalisch-chemischen Verhaltens von Schwefeldioxyd in der Atmosphäre.

Solange keines der gegenwärtig verfügbaren Verfahren für die Entschwefelung von Abgasen, Rauchgasen sowie flüssigen und festen Brennstoffen in nennenswertem Maß angewandt wird, wird sich parallel zu der steigenden Energieerzeugung und der damit verbundenen steigenden Emissionsrate der Gehalt der Atmosphäre an Schwefeldioxyd und seinen Reaktionsprodukten ständig erhöhen. Den Folgeerscheinungen der Emissionen wird zurzeit nur mit indirekten Methoden wie Ableitung über höhere Schornsteine oder Belieferung des Haushalts- und Gewerbesektors mit Brennstoffen mit niedrigem Schwefelgehalt begegnet.

Zur Unterstützung der Regierungen bei der Entscheidung der Frage, inwieweit solche Maßnahmen befriedigend erscheinen und in welchem Maß Entschwefelungsverfahren erforderlich sind, ist es notwendig, Kenntnisse über Beschaffenheit, Intensität, Ort und Zeitdauer der Einwirkungen von Schwefeldioxyd und seiner Reaktionsprodukte zu erlangen. Durch die vorliegende Aktion sollen daher einige der wissenschaftlichen Unterlagen beschafft werden, die für die Festlegung von allgemein annehmbaren Kriterien für die Luftqualität erforderlich sind. Außerdem werden die Ergebnisse der Forschungsarbeiten einem gegenwärtig von der OECD in Angriff genommenen Projekt über den Massentransport von Schwefeldioxyd über weite Entfernungen wie auch einem Projekt der gleichen Organisation zur Erarbeitung eines Modells für die Luftbedingungen in Ballungszentren unmittelbar zugute kommen.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte wurden die folgenden Forschungsthemen für eine internationale Zusammenarbeit ausgewählt:

- Untersuchungen über die natürliche Beseitigung von Schwefelverbindungen aus der Atmosphäre,
- Auswaschen und Oberflächenadsorption (Erboden, Vegetation),
- Untersuchungen des vertikalen Konzentrationsprofils von Schwefeldioxyd und Schwefelsäure in der Atmosphäre und
- Entwicklung von Meßmethoden und -techniken zur Bestimmung der Schwefelsäure, der Sulfate und des Gesamtsäuregehaltes der Atmosphäre.

Außerdem ist beabsichtigt, einen intensiven Austausch der Informationen und Ergebnisse von

Forschungsprojekten auf diesem Gebiet sowie den Austausch von Wissenschaftlern und die Veranstaltung von Tagungen zu fördern.

Die für diese Aktion vorgesehene Dauer der Arbeiten erstreckt sich auf vier Jahre, wobei von den teilnehmenden Regierungen Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland, Spaniens, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, der Niederlande, Jugoslawiens, Österreichs und Großbritanniens sowie der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ein jährlicher Höchstbetrag von 515.000 RE (RE ist die Abkürzung für die Rechnungseinheit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Ihr Goldwert entspricht dem von 24,75 österreichischen Schilling) aufgebracht werden soll. In diesem Rahmen finanziert jeder Unterzeichner (Österreich mit 40.000 RE, d. s. 990.000 österreichische Schilling) nur die Projekte, die Gegenstand der Aktion im eigenen Land sind. Die dafür erforderlichen Mittel wurden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung für 1972 unter dem finanzgesetzlichen Ansatz 15368 veranschlagt.

Wie in allen Industrieländern der Welt ist heute auch in Österreich eine rapide Zunahme der Verschmutzung des Bodens, des Wassers und der Luft sowie ein besorgniserregendes Anwachsen des Müllvolumens und eine in Ballungszentren oft unerträgliche Lärmbelästigung festzustellen.

Hinsichtlich der Auswirkung von Luftverunreinigungen ist z. B. bekannt, daß luftfremde Stoffe die menschliche Gesundheit gefährden, den Ertrag von Land- und Forstwirtschaft mindern, die Zerstörung von Bauwerken und Material-

konstruktionen beschleunigen und das Aussterben gewisser Pflanzen- und Tierarten und damit eine allgemeine Milieuveränderung verursachen können. Viele technische Probleme der Messung von Immissionskonzentrationen sind aber ebenso ungelöst, wie viele naturwissenschaftliche Fragen des ökologischen Gleichgewichts ungeklärt sind. Die im wahrsten Sinne globalen Dimensionen des Umweltproblems machen eine internationale Zusammenarbeit unumgänglich.

Es war daher auch für die österreichische Bundesregierung ein zentrales Anliegen, auf dem Gebiet der Umweltforschung tatkräftig mitzuarbeiten und einen wissenschaftlichen und finanziellen Beitrag zu erbringen.

Die österreichische Mitwirkung entspricht der Eröffnungserklärung der österreichischen Bundesregierung vom 10. November 1970 vor dem Rat der Europäischen Gemeinschaften, worin auch auf das Interesse an einer technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der angestrebten Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften wie folgt hingewiesen wurde:

„Österreich ist auch nachhaltig an einer Mitarbeit in den technischen und wissenschaftlichen Bereichen interessiert, die außerhalb des Handelssektors liegen und in denen sich ganz neue Aufgabenstellungen für die Zukunft ergeben. Wir stehen schon seit einiger Zeit in enger Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften in der technischen Forschung und im Patentwesen und glauben, daß diese Zusammenarbeit, soweit erforderlich, auch vertraglich geregelt werden sollte.“